03, 08, 76

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lenzer, Pfeffermann, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Franz, Roser, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Dr. Häfele und der Fraktion der CDU/CSU

betr. steuerliche Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in der Bundesrepublik Deutschland

Auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU – Drucksache 7/4477 – hat die Bundesregierung am 27. Januar 1976 auf Drucksache 7/4651 geantwortet. In dieser Kleinen Anfrage werden die nach Ansicht der Bundesregierung geltenden steuerlichen Vorschriften zur Förderung von Forschung und Entwicklung zusammengefaßt. Über die Auswirkungen, derartige steuerliche Vorschriften im Hinblick auf die Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft zu untersuchen, sind deshalb noch weitere Fragen zu klären.

Wir fragen die Bundesregierung:

- Wie beurteilt die Bundesregierung die steuerlichen Vorschriften im Einkommensteuerrecht im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Wirtschaft, und welche Steuerausfälle sind mit folgenden Vorschriften verbunden: Einkommensteuergesetz 1975 EStG (BGBl. 1974 I S. 2165 BStBl. 1974 I S. 733)
 - 1. § 3 Ziffer 11 EStG,
 - 2. § 3 Ziffer 44 EStG,
 - 3. § 10 b Absatz 1 EStG § 11 Ziffer 5 a KStG,
 - 4. § 51 Absatz 1 Ziffer 2 Buchstabe u ESTG und § 82 d EStDV?
- 2. Welche Bedeutung hat nach Ansicht der Bundesregierung das Gesetz zur Überleitung steuerrechtlicher Vorschriften für Erfinder vom 20. Februar 1969 (BGBl. I S. 141 BStBl. I S. 116), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Zweiten Steueränderungsgesetzes 1973 vom 18. Juli 1974 (BGBl. I S. 1489 BStBl. I S. 521), und welche Steuerausfälle sind auf Grund dieses Gesetzes nach Ansicht der Bundesregierung zu erwarten?
- 3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung der aus den unter 2. angeführten Gesetzen resultierenden Verordnungen für die Forschungsförderung der Wirtschaft, insbesondere die Verordnungen (VO)

- VO über die einkommensteuerliche Behandlung der freien Erfinder vom 30. Mai 1951 (BGBl. I S. 387 – BStBl. I S. 181),
- 2. VO über die steuerliche Behandlung der Vergütungen für Arbeitnehmer-Erfindungen vom 6. Juni 1951 (BGBl. I S. 388 BStBl. I S. 184),
- 3. VO über die steuerliche Behandlung von Prämien für Verbesserungsvorschläge vom 18. Februar 1957 (BGBl. I S. 33 BStBl. I S. 145)?
- 4. Wie beurteilt die Bundesregierung das Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft im Hinblick auf die Förderung von Forschung und Entwicklung und hier insbesondere
 - 1. § 14 BerlinFG,
 - 2. § 19 BerlinFG?
- 5. Welche Bedeutung hat das Investitionszulagengesetz in seiner Fassung von 1975 für die Förderung von Forschung und Entwicklung, welche Steuerausfälle sind hiermit verbunden?
- 6. Welche Bedeutung hat das Gewerbesteuergesetz GewStG (BStBl. 1974 I S. 1971 BStBl. 1974 I S. 658), und in welchem Umfang werden hier tatsächlich private Spenden für die Förderung wissenschaftlicher Zwecke mobilisiert, und welcher Steuerausfall resultiert aus dieser Vorschrift?
- 7. Welche Bedeutung haben die Steuererleichterungen von Vermögen im Hinblick auf die Forschungsförderung im Vergleich zum Verwaltungsaufwand und Steuerausfall, und kann gegebenenfalls durch einen Wegfall dieser Vorschriften mit einer Beeinträchtigung der Forschungsförderung gerechnet werden?
- Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere folgende Vorschriften bei Steuern von Vermögen im Hinblick auf ihre Auswirkungen von Forschung und Technologie:
 Vermögensteuergesetz 1974 – VStG – (BGBl. 1974 I S. 949 –

BStBl. 1974 I S. 232) und Bewertungsgesetz 1974 – BewG – (BGBl. 1974 I S. 2369 – BStBl. I S. 862)

- 1. § 3 Absatz 1 Nummer 12 VStG,
- 2. § 101 Nummer 2 BewG,
- 3. § 110 Absatz 1 Nummer 5 BewG?
- 9. Welche Bedeutung haben die von der Bundesregierung zitierten steuerlichen Erleichterungen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungssteuer für die Förderung von Forschung und Technologie im Hinblick auf Verwaltungsaufwand und Steuerausfall, und können gegebenenfalls diese Vorschriften vereinfacht werden?
- 10. Wie beurteilt insbesondere die Bundesregierung die Vorschriften im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer:

Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz 1974 – ErbStG – (BGBl. 1974 I S. 933 – BStBl. 1974 I S. 216)

- 1. § 13 Absatz 1 Nummer 16 Buchstabe b ErbStG,
- 2. § 13 Absatz 1 Nummer 17 ErbStG?
- 11. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den steuerlichen Vorschriften zur Förderung von Forschung und Technologie im Bereich der Grundsteuer bei, und wie verhalten sich hierbei Verwaltungsaufwand und Nutzen der Vorschriften?
- 12. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere folgende Vorschriften:

Grundsteuergesetz 1974 - GrStG - (BGBl. 1973 I S. 965 - BStBl. 1973 I S. 586)

- 1. § 3 Absatz 1 Nummer 1 GrStG,
- 2. § 3 Absatz 1 Nummer 3 GrStG,
- 3. § 3 Absatz 1 Nummer 4 GrStG.
- 4. § 4 Nummer 5 GrStG?
- 13. Welche Bedeutung haben die von der Bundesregierung zitierten Verkehrsteuern für die Förderung von Forschung und Technologie im Hinblick auf die Förderung von Forschung und Technologie unter Berücksichtigung von Steuerausfall, Verwaltungsvereinfachung und angestrebtem Ziel?
- 14. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Vorschriften:

Umsatzsteuergesetz 1973 – UStG – (BGBl. 1973 I S. 676 – BStBl. 1973 I S. 693)

- 1. § 12 Absatz 2 Nummer 5 UStG,
- 2. § 12 Absatz 2 Nummer 6 UStG?
- 15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der von ihr zitierten steuerlichen Vergünstigungen im Bereich der Zölle und Verbrauchsteuern (Drucksache 7/4651 S. 10) im Hinblick auf die Auswirkungen im Bereich von Forschung und Technologie?
- 16. In welchem Umfang kann durch einen Wegfall dieser Vorschriften im Bereich der Zölle und Verbrauchsteuern eine Beeinträchtigung von Forschung und Technologie erwartet werden?
- 17. Hat die Bundesregierung geprüft, ob durch direkte Zuwendungen an betroffene Institutionen der Wissenschaft im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derselbe Zweck erzielt werden kann wie auf Grund der Vergünstigungen bei Zöllen und Verbrauchsteuern?

18. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung in bezug auf die Vereinfachung der steuer- und zollrechtlichen Vorschriften für die Förderung von Forschung und Technologie in der Bundesrepublik Deutschland?

Bonn, den 3. August 1976

Lenzer
Pfeffermann
Pfeifer
Benz
Engelsberger
Dr. Franz
Roser
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Walz
Dr. Häfele
Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung hat auf Anfrage der CDU/CSU auf Drucksache 7/4651 eine ausführliche Darstellung der steuer- und zollrechtlichen Vorschriften zur Förderung von Forschung und Entwicklung dargestellt. Es ist strittig, ob die dort zitierten Vorschriften einen positiven Effekt auf Forschung und Entwicklung allumfassend erzielen.